

Medieninformation

Polizeidirektion Dresden

Ihr Ansprechpartner
Thomas Geithner

Durchwahl
Telefon +49 351 483 2400

medien.pd-dd@
polizei.sachsen.de*

06.11.2023

Medieninformation Polizeidirektion Dresden Nr. 626|23 Versammlungsgeschehen in Dresden

Autor: Marko Laske

Landeshauptstadt Dresden

Versammlungsgeschehen in Dresden

Am Montagabend war die Polizeidirektion Dresden im Zusammenhang mit mehreren Versammlungen in der Dresdner Innenstadt im Einsatz. Unterstützt wurde sie dabei von Beamten der Bereitschaftspolizei Sachsen.

Die Polizisten sicherten die Versammlungen ab und gewährleisteten gleichzeitig einen fortlaufenden Protest in Hör- und Sichtweite. Es kam zu keinen Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Lagern.

Gegen 18:45 Uhr begann eine Versammlung des Pegida Fördervereins e.V. auf dem Schloßplatz. Anschließend liefen die Teilnehmer unter anderem über die Wilsdruffer Straße, den Dr.-Külz-Ring, die Wallstraße sowie die Sophienstraße wieder zurück zum Ausgangspunkt. Auf der Wilsdruffer Straße schlossen sich die Teilnehmer einer anderen Kundgebung dem Aufzug an. Entlang der Aufzugsstrecke gab es andauernden Gegenprotest. So setzten sich mehrere Menschen an verschiedenen Stellen auf die Aufzugsstrecke. Polizisten sicherten jeweils die Situation ab und leiteten den Demonstrationszug an diesen Stellen vorbei.

Im Hinblick auf die Versammlung des Pegida Fördervereins e.V. gab es am Abend mehrere Gegenversammlungen. Diese starteten unter anderem gegen 18:00 Uhr auf dem Alaunplatz, dem Fritz-Förster-Platz sowie am Schloßplatz. Letztlich folgten die Teilnehmer der Aufzugsstrecke des Pegida Fördervereins e.V. und brachten dabei fortlaufend ihren Protest zum Ausdruck.

Hausanschrift:
Polizeidirektion Dresden
Schießgasse 7
01067 Dresden

<https://www.polizei.sachsen.de/de/pdd.htm>

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Im Verlauf des Einsatzes stellte die Polizei mehrere Straftaten fest. Unter anderem wurden fünf Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ein. Weiterhin ermittelt die Polizei jeweils in einem Fall wegen einer Raubstraftat, einer Körperverletzung sowie des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Insgesamt waren 367 Polizisten im Einsatz. (ml)